

Zwischen Weltstaat und Anarchie

utopie

Weder ein Weltstaat noch die globale Anarchie sind praktikabel und wünschenswert. Es bedarf deshalb neuer Ansätze, um die Chancen der Globalisierung besser zu nutzen.

Von Bruno S. Frey

Ein Weltstaat ist nicht nur eine schwer zu erreichende Utopie, sondern wegen seiner extremen Monopolmacht gegenüber den Individuen, der Ineffizienz und der Verteilungsungerechtigkeit auch unerwünscht. Ebenso ist eine Anarchie einer globalen Wirtschaft und Gesellschaft ohne Staatsinterventionen völlig unrealistisch und weist ernst zu nehmende Mängel auf.

Eine zukünftige Weltordnung muss flexibel sein, damit den noch unbekanntem Herausforderungen erfolgreich begegnet werden kann. Hier werden zwei Utopien vorgeschlagen, die ein hohes Mass an Flexibilität sichern und damit den Anforderungen einer «Global Governance» der Zukunft entsprechen.

Bürger freier Wahl

Die Menschen sollten selbst auswählen können, welchen Organisationen sie als Bürger oder Bürgerinnen angehören wollen und sie sollten die bürgerliche Zugehörigkeit nach Bedarf ändern können. Die freie Wahl der bürgerlichen Zugehörigkeit bricht radikal mit dem Monopolanspruch heutiger Staaten auf «ihre» Bürger.

Den Individuen kann ermöglicht werden, sich flexibel den zukünftigen Anforderungen zu stellen, wenn sie sich vom Monopolanspruch des Nationalstaats befreien und aktiv eine Wahl treffen können, wessen Bürger sie sein möchten. Bis heute definieren die Nationen im Wesentlichen von sich aus, wer zu ihren Bürgern zählt. Die Individuen können nur sehr begrenzt über den Eintritt und Austritt selbst entscheiden. Vor allem bezieht sich die Bürgerschaft traditionell nur auf den Staat; andere Zugehörigkeiten werden von vorneherein ausgeschlossen.

Der Nationalstaat als einzige Identität des Bürgers ist in der globalen Gesellschaft überholt, weil diese durch ausgeprägte Unterschiede in zweierlei Hinsicht charakterisiert ist: Erstens unterscheiden sich die Präferenzen der Individuen wesentlich voneinander; sie lassen sich nicht (mehr) allein durch die als homogen gedachte Institution der Nation erfüllen. Zweitens fühlt sich ein Individuum in einer globalen Gesellschaft in aller Regel vielen Organisationen zugehörig; die Nation allein kann auch dieser Präferenz nicht gerecht werden. Individuen können deshalb Bürger auch von Organisationen ausserhalb der Nation sein. Folgende Möglichkeiten lassen sich denken:

Individuen sind Bürger sub-nationaler Körperschaften. Dazu gehören Regionen, Provinzen und Gemeinden, oder aber supra-nationale Körperschaften wie die EU, die NATO, die Weltbank oder die UNO.

Personen sind Bürger auch in halb-staatlichen Organisationen. Dafür kommen viele verschiedene Institutionen in Frage. Ein Beispiel sind Universitäten. Tatsächlich hat im deutschsprachigen Raum der Begriff des «Universitätsbürger» eine alte, aber weitgehend verloren gegangene Tradition. Sie ist hingegen in den Vereinigten Staaten sehr lebendig. Ein Universitätsbürger hat ganz bestimmte Rechte und Pflichten, und vor allem werden Loyalität, Identifikation und Engagement vorausgesetzt, die wesentlich über eine Abwägung individueller Nutzen und Kosten hinausgehen. Ähnlich können Personen mit einer besonderen Affinität zu bestimmten Museen, Opernhäusern oder Orchestern deren Bürger werden.

Personen sind Bürger nicht-staatlicher Organisationen. Beispiele sind global tätige karitative Organisationen wie das Rote Kreuz, die Médecins sans Frontières, die Heilsarmee oder Kirchen und religiöse Orden wie die Kartäuser oder Jesuiten; Umweltorganisationen wie World Wildlife Fund oder Greenpeace; Organisationen mit humanitären Zielen wie Amnesty International oder Terre des Hommes; schliesslich Vereinigungen mit einer sozialen Ausrichtung wie Rotary Club, Pfadfinder, aber auch Gewerkschaften.

Personen sind Bürger privater Organisationen. Dazu gehören globale funktional orientierte Vereinigungen wie zum Beispiel ICANN (die Internet Corporation for Assigned Names and Numbers), sportliche (wie die FIFA), künstlerische (wie die Recording Academy, die die Grammy Awards verleiht) oder wissenschaftliche Vereinigungen (wie die International Economic Association). Auch international orientierte Clubs wie Bayern München oder Real Madrid können Personen als Bürger haben, wenn diese ihnen besonders nahe stehen und bereit sind, auch entsprechende Pflichten zu übernehmen. Viele Personen verfügen über soviel Identität und Loyalität, dass sie derartigen privaten Organisationen freiwillig erhebliche Geldbeiträge für die von ihnen angebotenen öffentlichen Leistungen zukommen lassen. Selbstverständlich sind diese auch auf andere Einnahmen angewiesen.

Individuen sind Bürger gewinnorientierter Firmen.

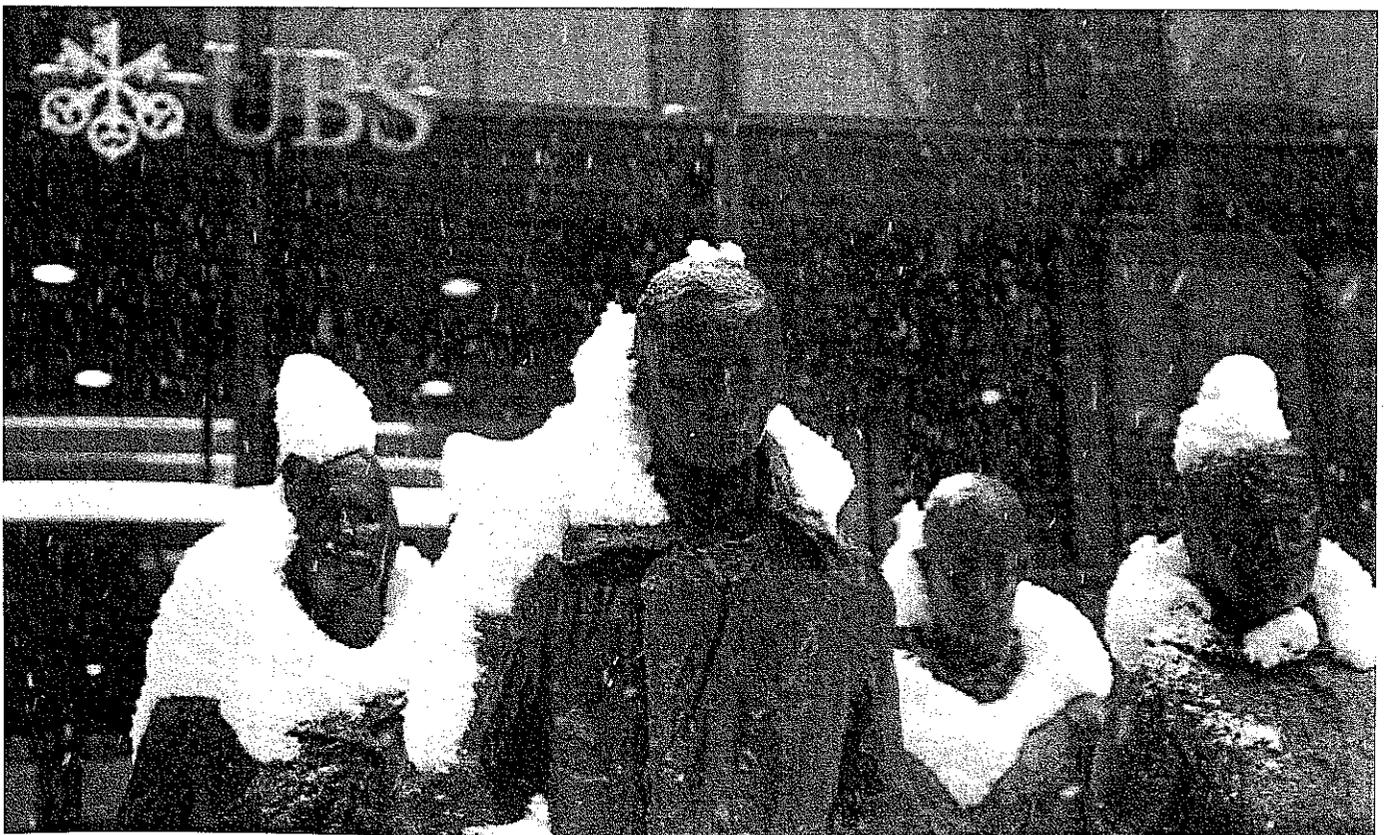
In der Betriebswirtschaftslehre wird von «organizational citizenship» gesprochen. Grosse Bedeutung wird insbesondere der «corporate citizenship» zugewiesen. Darunter wird das nicht durch Vorschriften erzwungene und über vertragliche Verpflichtungen hinausgehende Verhalten im Interesse der Firma verstanden. Bürgertum ist vor allem für global tätige Firmen wie Nestlé, ABB oder IBM mit einem über die gesamte Welt verstreuten Filialnetz geeignet. Diese können für ihre Bürger viele Aspekte regeln und übernehmen, die sich bisher Nationalstaaten vorbehalten haben, wie etwa eine Arbeitserlaubnis einzuholen, finanzielle Garantien zu geben und Identifikationskarten (Pässe) auszustellen. Entscheidend ist die spezielle Loyalitätsbeziehung des Bürgers zu «seiner» Firma. Diese geht wesentlich über ein Aktionärs-, Kunden- oder Beschäftigtenverhältnis hinaus. Wer nur mit Aktien spekuliert, ist kein Bürger der entsprechenden Firma. Bürger kann nur werden, wer ein Grundvertrauen zu «seiner» Firma hat. Er behält seine Aktien auch dann, wenn es der Firma schlecht geht und Spekulanten längst verkauft haben. Bürger sind auch nicht nur Stakeholder, denn diese verfügen nicht über formale demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten wie sie Bürger besitzen.

Bürgerschaften können wechseln

In der Zukunft sollte der Begriff des «Bürgers» flexibel gehandhabt werden. Insbesondere sind fol-

gende Varianten vorstellbar: Erstens die temporäre Bürgerschaft: Eine Person soll wählen können, für welche Periode sie sich in der erforderlichen engen Weise mit einer bestimmten Organisation verbinden will. Zweitens die multiple Bürgerschaft: Jedermann kann gleichzeitig Bürger verschiedener Organisationen sein. Drittens die partielle Bürgerschaft: Eine Person kann Bürger nur eines Teils einer Organisation, wie zum Beispiel der Sozialversicherung eines bestimmten Staates sein.

Die Idee der Bürgerschaft wird somit wesentlich erweitert und geht weit über die alleinige Beziehung von Personen zum Nationalstaat hinaus. Daraus wird die spezielle Eigenschaft des erweiterten Bürgerkonzeptes deutlich: Es handelt sich um einen unvollständigen und freiwilligen Vertrag zwischen Individuen und von ihnen gewählten Organisationen. Der Inhalt des Vertrags lässt sich nicht a priori festschreiben. Aus diesem Grund ist neben den jeweiligen spezifischen Rechten und Pflichten die intrinsische Motivation für die Bürgerschaft von essentieller Bedeutung. Intrinsische Motivation äussert sich in Form von Loyalität, Identifikation und Engagement, die gerade dann wirksam werden, wenn der Vertrag nichts oder zu wenig aussagt. Intrinsische Motivation steht im Gegensatz zur extrinsischen Motivation, bei der Menschen auf Grund äusserer (oft monetärer) Anreize für sich selbst Nutzen und Kosten abwägen. In der politischen Philosophie ist die Bedeutung dieser nicht-kalkulatorischen Tugenden (civic virtues) im Verhältnis der Bürger zu



Individuen als Bürger gewinnorientierter Firmen – Vor dem UBS-Sitz in Zürich.

ihrem Staat seit längerem betont worden.

Die Tugend wird gestärkt

Die durch die Bürgerschaft begründete besondere Beziehung zwischen Individuen und Organisationen übt zweierlei Wirkungen aus: Erstens wird bestehende intrinsische Motivation auf bestimmte Organisationen kanalisiert und die Identifikation damit gefestigt. Die betreffende Organisation übernimmt damit eine «expressive» Funktion und wirkt normverstärkend. Die Kategorisierung als Bürger und die damit zusammenhängende Identität begünstigt eine Einschränkung des Verhaltens – nämlich andere nicht als Trittbrettfahrer auszunützen –, was über eine bewusste Wahl zwischen Alternativen hinausgeht.

Zweitens wird potentielle intrinsische Motivation aktiviert und Bürgertugenden werden geweckt. Damit werden auch andere Personen zu Beiträgen zu öffentlichen Gütern animiert und potentielle Trittbrettfahrer abgeschreckt. Bürgerschaft hilft das Problem des «second order public good» zu überwinden und stärkt die indirekte Reziprozität. Eine Person, die diejenigen Organisationen selbst wählen kann, deren Bürger sie sein möchte, erfährt somit einen Motivationsschub. Dieser Effekt fusst auf sozialpsychologischen Prozessen und wird durch Experimente und ökonometrische Analysen in Feldstudien gestützt.

Die unmittelbare wirtschaftliche Bedeutung dieser gestärkten Bürgertugenden liegt in der Unterstützung bei der Bereitstellung öffentlicher Güter, sowie der Minderung negativer Auswirkung von Spillovers auf das öffentliche Angebot. Damit wird von der Vorstellung abgewichen, bei Existenz öffentlicher Güter sei vollständiges Trittbrettfahren eine geeignete Erklärung des tatsächlich beobachteten Verhaltens. Ebenso wenig wird aber davon ausgegangen, öffentliche Güter würden völlig freiwillig erbracht und es käme ein optimales Angebot zustande. Die Weckung der Bürgertugend bewirkt vielmehr eine Erhöhung der Zahlungsbereitschaft für öffentliche Leistungen.

Grenzen werden obsolet

Die Möglichkeit der Individuen, selbst zu entscheiden, in welchen Organisationen sie als Bürger spezielle Rechte und Pflichten übernehmen wollen, steigert die intrinsische Motivation in Form der Bürgertugenden. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Angebot öffentlicher Güter geleistet. In einer globalen Wirtschaft, in der in aller Regel Zwangsgewalt nicht wirksam angewandt werden kann, ist eine derartige Kooperationsbereitschaft besonders wichtig. Diese Bereitschaft auf der Nachfrageseite muss durch institutionelle Bedingungen auf der Angebotsseite ergänzt werden.

Das staatliche Angebot sollte sich an der Geografie der Probleme orientieren; deshalb sind entspre-

chende funktionale Einheiten zu ermöglichen, deren Grösse sich variabel an die Erfordernisse anpassen. Die Organisation von staatlichen Einheiten entsprechend den (in der Zukunft) auftretenden Problemen steht in hartem Gegensatz zur Konstruktion der heutigen Nationalstaaten.

Die bestehenden nationalen Grenzen sind in einer zukünftigen, globalen Gesellschaft obsolet. Die wirtschaftlichen Beziehungen werden durch die bestehenden nationalen Regelungen gehemmt und deshalb vermehrt umgangen. Die Spannung zwischen den unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Anforderungen lässt sich lösen, wenn von den starren Grenzen öffentlicher Körperschaften abgewichen wird.

Flexible demokratische Körperschaften

Jede staatliche Tätigkeit soll sich in dem Raum abwickeln, der dafür die geeignete Ausdehnung hat. Geeignet dafür sind funktionale Körperschaften, die sich gegenseitig überlappen und die für ihre Tätigkeit notwendigen Steuern in einem demokratischen Verfahren erheben dürfen. Diese als FOCJ – gemäss den Anfangsbuchstaben «Functional, Overlapping, Competing Jurisdictions» – bezeichneten Einheiten sind durch vier Eigenschaften gekennzeichnet:

FOCJ sind funktional. Gebietskörperschaften erbringen ihre Leistungen umso effizienter, je vollständiger sie positive Skalenerträge ausnützen können, je gezielter sie ihre Leistungen an die Nachfrage der Bürger anzupassen vermögen, und je genauer ihre Leistungsempfänger und Kostenträger übereinstimmen. Die verschiedenen staatlichen Leistungen (zum Beispiel Schulen, Kläranlagen, Landesverteidigung, und so weiter) weisen aber ganz unterschiedliche Wirkungskreise und Skalenerträge auf. Überdies variiert die Nachfrage räumlich beträchtlich, weil sie von örtlich unterschiedlichen Faktoren abhängt (zum Beispiel dem Einkommen). Folglich ist es effizienter, wenn nicht alle Leistungen durch die gleiche Gebietskörperschaft erbracht werden, sondern von spezialisierten, auf die jeweiligen Probleme «massgeschneiderten» funktionalen Jurisdiktionen.

FOCJ sind überlappend. Zum einen überlappen sich FOCJ, die unterschiedliche Aufgaben erfüllen. Folglich gehören die Bürger ganz unterschiedlichen «Bündeln» von Jurisdiktionen an. FOCJ müssen aber nicht notwendigerweise Gebietskörperschaften sein, die in einem zusammenhängenden Gebiet ein Leistungsmonopol besitzen. Oft können mehrere FOCJ die gleiche oder ähnliche Funktion erfüllen, ihre Leistungen im gleichen geographischen Gebiet anbieten. Dadurch werden die Wahlmöglichkeiten der Bürger und der Wettbewerb zwischen den Anbietern staatlicher Leistungen zusätzlich gestärkt. Die beiden Arten von Überlappungen ergänzen sich gegenseitig. Da mit der zweiten, wei-

Literatur

FREY Bruno S. (1997). Ein neuer Föderalismus für Europa: Die Idee der FOCJ. Tübingen: Siebeck.

GOSEPATH Stefan und MERLE Jean-Christophe (2002). Weltrepublik. Globalisierung und Demokratie. München: Beck.

ENGEL Christoph und KELLER Kenneth H. (2000). Governance of Global Networks in the Light of Differing Local Values. Baden-Baden: Nomos.

Bilder flickr.com

tergehenden Art unter bestimmten Bedingungen Trittbrettfahrerprobleme auftreten können, kann sie auf konstitutioneller Ebene für gewisse Funktionen eingeschränkt werden.

FOCJ sind wettbewerblich. Die Regierung eines FOCUS wird durch zwei Mechanismen gezwungen, auf die Nachfrage der Mitglieder einzugehen: Die Austrittsmöglichkeiten («exit») der Bürger und Gemeinden bewirken marktähnlichen Wettbewerb, und ihr Stimm- und Wahlrecht schafft politischen Wettbewerb. In FOCJ ist Austritt nicht auf geographische Abwanderung beschränkt und deshalb besonders wirksam. Gemeinden können aus FOCJ aus- und in andere eintreten, ohne dass ihre Bürger umziehen müssen. Die Bedeutung von «exit» unterscheidet FOCJ grundlegend von den heutigen National- und Bundesstaaten, in denen Sezession verboten und zumeist mit brachialer Gewalt zu verhindern versucht wird. Dabei sollte der Austritt möglichst unbehindert bleiben, weil dadurch der Wettbewerb zwischen den Regierungen gestärkt wird. Die genauen Austrittsbedingungen können jeweils in einem Vertrag zwischen den Mitgliedern eines FOCUS, einer eigentlichen Verfassung, geregelt werden. Für den Eintritt hingegen sollte sehr wohl ein Preis verlangt werden können. Wie in «clubs» können Eintrittspreise als Abgeltung für die Nutzung öffentlicher Güter und der Internalisierung externer Wanderungskosten dienen. Solche expliziten Preise stärken die Anreize der FOCJ-Regierungen, eine gute Politik zu betreiben und so neue (zahlende) Mitglieder anzuziehen.

Abwanderung alleine schafft aber unter realistischen Bedingungen (Wanderungskosten, endlich vielen Jurisdiktionen) noch keine Effizienz. Solange die Individuen keine gut ausgebauten politischen Rechte besitzen, können die Regierungen weit von den Präferenzen der Bürger abweichen. In FOCJ wird deshalb der politische Wettbewerb mittels demokratischer Institutionen gestärkt. Die Bürger können die Exekutive und Legislative der jeweiligen FOCJ wählen. Zudem sollten sie über möglichst umfassende direkt-demokratische Instrumente zur Kontrolle der Regierung verfügen: Sie müssen Volksabstimmungen über eigene Vorschläge (Initiativrecht) sowie über Entscheidungen der Regierung und des Parlaments (Referendumsrecht) verlangen können. Diese Volksrechte bewirken, dass die Bürgerpräferenzen im politischen Prozess vermehrt beachtet werden. Das hohe Ausmass an demokratischen Kontrollmechanismen bildet auch einen entscheidenden Unterschied zwischen FOCJ und technokratischen Zweckverbänden, in denen die Bürger die Zweckverbandsverwaltung nur sehr indirekt und unwirksam über mehrstufige Delegationspyramiden kontrollieren können.

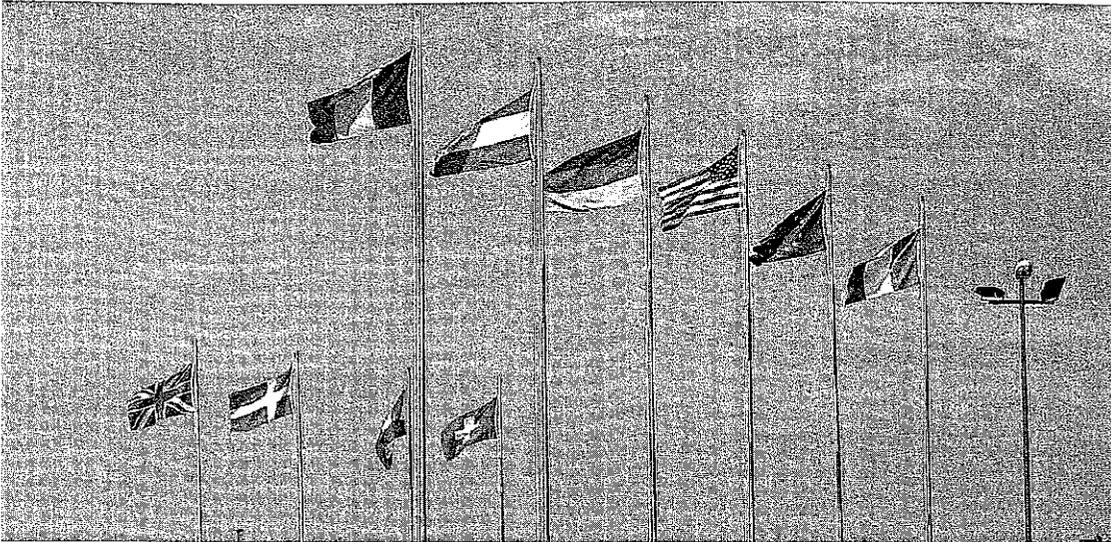
FOCJ sind Jurisdiktionen mit Steuerhoheit. Ein FOCUS ist eine Körperschaft mit Zwangsgewalt und Steuerhoheit. Die FOCUS-Mitgliedschaft kann

auf zwei unterschiedliche Weisen definiert sein: Mitglieder können die kleinsten politischen Einheiten, im Normalfall die Gemeinden, sein. Dann sind Gemeindeglieder automatisch Bürger derjenigen FOCJ, in denen ihre Gemeinde Mitglied ist, und sie können nur aus einem FOCUS austreten, indem sie umziehen. Im zweiten Fall kann ein einzelner Bürger frei entscheiden, ob er in einem bestimmten FOCUS Mitglied sein will. Diese starke Form der individuellen Wahlmöglichkeiten kann staatliche Umverteilungsmassnahmen unterhöhlen. Falls erwünscht, kann Umverteilung und auch eine gewisse Mindestversorgung mit öffentlichen Leistungen garantiert werden, indem auf einer höheren politischen Ebene die Mitgliedschaft in einem FOCUS, der die betreffende Leistung anbietet, obligatorisch erklärt und Leistungsstandards vorgeschrieben oder entsprechende Anreize gegeben werden. So könnte den Bürgern freigestellt werden, welchem Schul-FOCUS sie beitreten. Damit auch Personen ohne schulpflichtige Kinder Schulsteuern bezahlen, kann die Mitgliedschaft in einem Schul-FOCUS obligatorisch erklärt werden. Damit dann keine «Schul-FOCJ» entstehen, die weder Leistungen anbieten noch Steuern erheben (also ganz auf kinderlose Bürger ausgerichtet sind), können gewisse Mindeststandards vorgeschrieben werden.

Eine effiziente Aufgabenverteilung

FOCJ weisen verglichen mit traditionellen staatlichen Organisationsformen wesentliche Vorteile auf. Vor allem sind FOCJ flexibel und effizient. Die Stärkung der demokratischen Instrumente und der Austrittsoption erlaubt den Bürgern, ihre Präferenzen auszudrücken und die Regierung wirkungsvoll zu kontrollieren. Die Konzentration eines FOCUS auf einzelne Leistungen hilft ihnen, die Effizienz zu beurteilen und die Leistungen mit anderen FOCJ zu vergleichen. FOCJ erleichtern den Regierungen, auf die Präferenzen der Bürger einzugehen. Dank ihrer räumlichen Flexibilität können FOCJ positive Skalenerträge ausnützen und «spillovers» minimieren und somit öffentliche Leistungen besonders kostengünstig anbieten. Ein Verteidigungs-FOCUS zum Beispiel könnte grosse Teile Europas und sogar nicht-europäische Länder umfassen. Dass endogene Grössenanpassungen tatsächlich stattfinden, wird unter anderem durch die schweizerischen Erfahrungen illustriert, wo durch Volksabstimmungen oft Gemeinden und Bezirke zusammengelegt oder aufgeteilt und auch Kantonsgrenzen verändert werden. Solche Abstimmungen zeigen immer wieder, wie vernünftig Wähler zwischen den Leistungsbündeln der verschiedenen Gebietskörperschaften abwägen.

Eine Verwirklichung des FOCJ-Konzepts wird die Rolle der Gebietskörperschaften aller Ebenen – von Nationalstaaten bis zu den Kommunen – stark verändern. Sie bewirkt aber keineswegs ihre Zerschla-



Die freie Wahl der bürgerlichen Zugehörigkeit bricht radikal mit dem Monopolanspruch heutiger Staaten auf «ihre» Bürger.

gung, sondern schafft neue Alternativen. FOCJ werden nur diejenigen Aufgaben erfüllen, die ihnen von den Bürgern übertragen werden, das heisst, die sie aus deren Sicht effizient lösen. Die Nationalstaaten werden weiterhin diejenigen Funktionen ausüben, die sie vergleichsweise effizient erbringen.

Globalisierter Förderalismus

FOCJ stellen eine neue Form von Demokratie und Förderalismus dar. Globalisierung heisst dieser Auffassung entsprechend gerade nicht, dass vereinheitlicht werden sollte. Vielmehr können sich in FOCJ die lokalen Eigenheiten entfalten. FOCJ unterscheiden sich deshalb fundamental von einer einheitlichen Weltregierung, etwa in Form einer UNO mit erweiterten Kompetenzen.

FOCJ unterscheiden sich jedoch auch vom volontaristischen Konzept des von Kofi Annan vorgeschlagenen «Global Compact», der einen neun Punkte umfassenden Verhaltenskodex für Unternehmen festlegt. Diese sind jedoch unverbindlich und in einer kompetitiven internationalen Umgebung kaum verhaltenswirksam. Deshalb werden neue globale Institutionen wie eine «UNO-Organisation für Konzern-Verantwortung» oder eine «Global Regulatory Authority» vorgeschlagen – wobei wir wieder bei einer ineffektiven Weltbürokratie wären.

Die Zukunft muss vielmehr bei einem Netz flexibler, problemorientierter und demokratischer Einheiten liegen. Die funktionalen und demokratischen Körperschaften vermögen einige drängende Probleme staatlicher Ordnung in einer globalen Wirtschaft zu lösen. Die staatlichen Strukturen passen sich den Erfordernissen der Individuen an. Einige FOCJ – man denke etwa an die militärische Verteidigung – dürften eine grosse räumliche Ausdehnung, andere FOCJ hingegen – man denke etwa an lokale Umweltprobleme – dürften eine geringe Ausdehnung haben. FOCJ sind derart konstruiert, dass die Spillovers (das sind grenzüberschreitende externe

Effekte) minimiert werden. Nutzniesser und Kostenträger öffentlicher Leistungen können auf diese Weise angenähert werden. Damit entsteht auch für die Bürger ein Anreiz zur politischen Beteiligung.

Multiple Zugehörigkeiten liegen im Trend

Führt die Möglichkeit, gleichzeitig in mehreren Organisationen Bürger zu sein und mehreren gegenseitig überlappenden öffentlichen Körperschaften anzugehören, dazu, dass man sich nirgendwo mehr zugehörig fühlt? Dieses Bedenken ist berechtigt – allerdings nur wenn von einer traditionellen Gesellschaft ausgegangen wird. Die heutige Welt ist demgegenüber durch multiple Zugehörigkeiten geprägt. Mehrfache Loyalitäten sind ohne weiteres möglich: wir sind gleichzeitig der Region, die uns in der Jugend geprägt hat, dem Ort, in dem wir heute leben, der Firma, in der wir arbeiten, dem Sportclub, in dem wir einen Teil unserer Freizeit verbringen, dem Theater, durch das wir geistig angeregt werden, emotional verbunden. In einigen Ländern wie den Vereinigten Staaten müssten ausserdem die Rasse, deren Hautfarbe wir tragen, die Universität, die uns erzogen, und die Kirche, die wir am Sonntag besuchen, hinzugefügt werden. Ein Bürger kann somit problemlos mehreren Organisationen emotional verbunden sein und entsprechende intrinsische Motivation entfalten. Eine Entsolidarisierung ist gerade nicht zu erwarten. In einer globalen Welt wäre ein Zwang, nur zu einer Organisation – nämlich dem noch zu schaffenden Weltstaat – emotional verbunden zu sein, verfehlt. Die vielfachen Zugehörigkeiten entsprechen der heutigen Zeit und dürften in der Zukunft noch wichtiger werden.

Autor

Bruno S. Frey (68) ist ordentlicher Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Universität Zürich. Seit 2004 leitet er als Forschungsdirektor das CREMA (Center for Research in Economics, Management and the Arts). Er ist seit 1969 tätig als Mit-Herausgeber der internationalen sozialwissenschaftlichen Zeitschrift *Kyklos*. Sein hauptsächliches Forschungsgebiet ist die Anwendung der Ökonomie auf nicht-wirtschaftliche Bereiche wie Politik, Ökologie, Familie, Konflikt, Geschichte und Kunst.